Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

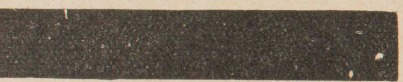
I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 26 | **München, 26. Juni 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Juni	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	28	13	
Montag	29	14	
Dienstag	30	15	
	Juli		
Mittwoch	1	16	
Donnerst.	2	17	שבעה עשר בתמוז
Freitag	3	18	
Samstag	4	19	פינחם הפטרה דברי ירמיהו (Jer. 1, 1—19. 2, 1—3) (P. R. פרק ו׳)



Das Jüdische Echo

Nummer 26 — 26. Juni 1931 — 18. Jahrgang

Der XVII. Zionistenkongreß

Noch ist das endgültige Ergebnis der Wahlen zu dem am 30. Juni in Basel zusammentretenden Zionistenkongreß nicht bekannt und noch kann man daher auch nur Vermutungen darüber anstellen, wie dieser mit schwerster Verantwortung beladene Kongreß an seine Aufgaben herangehen wird. Nach einer vorläufigen Meldung aus London sind gewählt: 81 Allgemeine Zionisten, 72 Arbeiterparteiler, 44 Revisionisten, 34 Misrachi, 8 Radikale und 2 anderen Gruppen angehörende Delegierte. Es könnte also scheinen, als ob die bisherige Koalition, die aus Allgemeinen Zionisten, Arbeitern und Misrachisten (die allerdings vor einiger Zeit ihre Vertreter zurückgezogen haben) bestand, ohne jede Schwierigkeit die neue Exekutive bilden und in dem bisherigen Geiste wieder arbeiten könne.

In Wirklichkeit liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Die 81 Delegierten nämlich, die sich als Allgemeine Zionisten bezeichnen, dürfen keineswegs als eine Einheit betrachtet werden; sie vertreten vielmehr die verschiedensten Anschauungen. Ein großer Teil von ihnen dürfte den Revisionisten nahestehen, ein verhältnismäßig kleiner der Arbeitergruppe; in der Hauptsache werden jedoch die meisten der Allgemeinen Zionisten eine zunächst abwartende Stellung einnehmen und sich je nach der sich entwickelnden Kräftekonstellation verhalten. Gerade dadurch werden sie freilich die Entwirrung der Situation besonders schwer machen. Denn, da der größte Teil der Misrachi in den politischen Fragen mit den Revisionisten gehen dürfte, deren Fraktion von 44 Mann dem Kongreß in mancher Hinsicht ein neues Gesicht geben wird, stehen sich die Flügel in annähernd gleicher Stärke gegenüber, um so mehr als die Radikalen eher der Arbeitergruppe Gefolgschaft leisten werden als den Revisionisten, von denen sie doch außerordentlich vieles trennt.

Die Entscheidung liegt danach bei der amorphen und bis heute unorganisierten und programmlosen Gruppe der Allgemeinen Zionisten, von der man nur weiß, daß sie auseinanderfallen wird und daß sie dem Kongreß nützen würde, je eher und je entschiedener sie es tut. Denn eine alle Gruppen, von den Zionisten bis zu den Arbeitern, umfassende Koalition scheint heute völlig unmöglich. Der Gegensatz zwischen dem Programm der Revisionisten einerseits und dem der Arbeitergruppe anderseits, das ganz das Weizmanns ist, kann nicht überbrückt werden; dazu ist er, in den gesinnungsmäßigen Grundlagen sowohl, wie in den vorgeschlagenen Methoden zu groß. Ob unter solchen Umständen die Wahl der neuen Leitung, wie es zweifellos am besten wäre, sehr rasch vonstatten gehen kann, muß leider bezweifelt werden und es steht daher auch zu befürchten, daß darunter die Beratung der unübersehbaren Fülle von Aufgaben politischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Natur, die der Kongreß zu erledigen hat, einigermaßen leiden wird.

Freilich muß man auch zugeben, daß eine Entscheidung dieser Fragen ohne Rücksicht auf die neue Leitung schlechterdings unmöglich ist. So wird sich der Kongreß allem Anschein nach auf eine großangelegte Auseinandersetzung zwischen dem System Weizmann und dem System Jabotinsky zuspitzen, die beide in ihren Grundzügen so bekannt sind, daß sie hier nicht noch einmal erörtert zu werden brauchen. Denn selbst wenn der Rücktritt Weizmanns unwiderruflich sein sollte — und wie uns scheint, sollten ihn gerade seine Freunde nicht von diesem Entschluß abbringen wollen, — so ist es doch sein politisches und wirtschaftliches System, das großen Teilen der zionistischen Bewegung das einzig denkbare und den zionistischen Zielen entsprechende erscheint. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Kongreß, infolge der starken Position der Linken, sich für das System, wenn nicht sogar für den Mann Weizmann entscheiden, der zweifellos den Zionismus jahrelang so repräsentiert hat, daß es schwer fällt, sich an seine Stelle irgendeinen anderen zu denken. Man kann nur hoffen, daß diese Auseinandersetzung sich in Formen vollzieht, die der zionistischen Bewegung keinen Schaden zufügen.

Die Situation, in der der XVII. Zionistenkongreß zusammentritt, ist außerordentlich ernst. Seit zwei Jahren hat die zionistische Bewegung nicht vermocht, der andauernden Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage Einhalt zu tun und sich eine feste Basis zu schaffen, auf der ein Neuaufbau möglich gewesen wäre.

Die politischen Niederlagen haben die Zionisten nicht dazu gebracht, sich fester zusammenzuschließen; im Gegenteil, der innerzionistische Streit, der in gewissen Grenzen sicher unvermeidlich war, hat die Bewegung ausgefüllt und ihre Kräfte geradezu lahmgelegt. Der Kongreß nun, und darin darf man wohl seine Hauptaufgabe erblicken, hat diesem Streit ein Ende zu machen, er hat der zionistischen Organisation eine neue Leitung zu geben, und er hat vor allem dafür zu sorgen, daß die Organisation selbst reformiert, daß sie vor allem wieder dazu fähig wird, neue Menschen in großem Ausmaße zu gewinnen und so ihre Macht und ihren Einfluß zu stärken. Erst dadurch wird auch eine Regelung der wirtschaftlichen und kolonisatorischen Fragen angebahnt, die ihrerseits wieder — das geben selbst die Revisionisten zu — Vorbedingung ist für Erfolge auf dem politischen Gebiet. Zu diesem Zusammenhang gehört selbstverständlich auch die Aufgabe der Fundierung und Demokratisierung der Jewish Agency, zu der Projekte vorliegen, die durchführbar sind und die weite und optimistische Ausblicke in die Zukunft geben — wenn nur der Zionismus in sich stark bleibt und die Fäigkeit besitzt, wieder alle Zionisten zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden.

Es werden diesmal in Basel keine Feiertage sein. In kurzer, viel zu kurzer Zeit hat der Kongreß eine große Tagesordnung durchzuarbeiten, Berichte zu hören, Beschlüsse zu fassen. Die gesamte Judenheit, Zionisten wie Nichtzionisten, wartet mit Spannung auf das Ergebnis der Baseler Tagung, das letzten Endes davon abhängen wird, ob die

dort versammelten Repräsentanten der zionistischen Bewegung spüren werden, daß sie nicht nur den Forderungen des Tages gerecht werden müssen, sondern ihre Entscheidungen zu treffen haben im Bewußtsein, daß sie an einem Scheidewege des Zionismus stehen und doch, welchen Weg sie auch einschlagen, die Einheit der zionistischen Bewegung zu erhalten haben. I. E.

*

Über die innerzionistische Situation kurz vor Beginn des Kongresses informieren folgende Meldungen:

Ein einheitliches Programm der Allgemeinen Zionisten

London, 19. Juni. (JTA.) Das Zentralorgan der Zionistischen Organisation Haolam veröffentlicht einen Leitartikel, in dem daran Kritik geübt wird, daß die Allgemeinen Zionisten eines einheitlichen Programms entbehren. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Reihen der Allgemeinen Zionisten viele Extreme vorhanden sind, so einerseits die Mehrheit der amerikanischen Delegierten, anderseits die deutschen und englischen Delegierten. Haolam stellt die Forderung auf, daß die Allgemeinen Zionisten sich unabhängig von der Führerfrage auf ein Programm für die praktische Arbeit einigen.

„Jewish Chronicle“, der schon seit einiger Zeit seine ursprünglich scharf Weizmann-gegnerische Haltung aufgegeben hat, erklärt nunmehr offen, daß kein anderer Präsident zur Verfügung stehe und daß es daher unerläßlich sei, daß Weizmann weiter im Amte bleibe.

Keine Kooperation zwischen Allgemeinen Zionisten Amerikas und Revisionisten

Neuyork, 21. Juni. (JTA.) Am Sonnabend, dem 20. Juni, sind zahlreiche Mitglieder der amerikanischen Delegation zum XVII. Zionistenkongreß nach Europa abgereist, unter ihnen Emanuel Newman, Rabbi Stephen Wise, Jacob de Haas und Jacob Fishman. Emanuel Newman, auf den die Formulierung des Programms der amerikanischen Zionisten in erster Reihe zurückzuführen ist, erklärte vor seiner Abreise Vertretern der Presse gegenüber, die auf einer revisionistischen Pressekonferenz in London aufgestellte Behauptung, die Mitglieder der amerikanischen Delegation würden auf dem Kongreß mit den Revisionisten kooperieren, entspreche nicht den Tatsachen. Auch Jacob Fishman erklärte, die revisionistische Behauptung bezüglich der amerikanischen Zionisten sei lächerlich; die amerikanischen Delegierten hätten keine einheitliche Einstellung zu den verschiedenen Kongreßproblemen.

J. Grünbaum über die Möglichkeit einer Einbeziehung der Revisionisten in die Leitung der Zionistischen Weltorganisation

Warschau, 16. Juni. (JTA.) Sejmdeputierter J. Grünbaum, der im Zusammenhang mit dem Ausgang der zionistischen Wahlen in Polen sein Amt als Vorsitzender der polnischen zionistischen Organisation niedergelegt hat, erklärte Pressevertretern gegenüber:

Man kann nicht leugnen, daß die Zionisten-Revisionisten in Polen einen Wahlsieg davongetragen haben; sie haben aber doch nicht die Zahl Mandate erhalten, auf die sie gehofft haben. Es bleiben für sie zwei Möglichkeiten offen: sich mit den anderen Zionisten zu ruhiger Arbeit zusammenzuschließen oder in der Opposition zu verharren. Die jetzige „revisionistische Saison“ werde schnell vorbeigehen. Wollen die Revisionisten zur Führung glangen, so müssen sie sich von ihrer ganzen bisherigen Phraseologie trennen. Trügen sie die Verantwortung mit, sie würden es nicht wagen, einen Abbruch der Verhandlungen mit der englischen Regierung zu fordern. Hinsichtlich der künftigen Leitung gibt es zwei Wege: Große Koalition mit Einschluß der Revisionisten, aber ohne Jabotinsky, oder eine Leitung aus Zentrum und Linken. Werden die Revisionisten auf dem Kongreß ihre Taktik ändern, dann wird auch in Polen eine Koalition mit ihnen möglich sein.

Ussischkin über die Führerfrage im Zionismus und das Verhältnis zur Mandatarmacht

Jerusalem, 18. Juni. (JTA.) In einem Gespräch mit dem JTA-Vertreter äußerte sich der Direktor des Jüdischen Nationalfonds M. M. Ussischkin über eine Reihe aktueller zionistischer Probleme. Herr Ussischkin führte u. a. aus:

Es ist bedauerlich, daß der TVII. Zionistenkongreß sich hauptsächlich mit zwei Fragen zu beschäftigen haben wird: mit der Frage der künftigen Beziehungen zur englischen Regierung und mit der Frage, wem die oberste Leitung der Zionistischen Organisation anvertraut werden soll. Es ist bedauerlich, daß um dieser beiden Hauptfragen willen andere wichtige Probleme, wie z. B. Finanzen, Bodenkauf und andere Fragen, die zum Gesamtkomplex der Entwicklung des Jüdischen Nationalheims gehören, in den Hintergrund treten werden.

Was die Stellung des Kongresses gegenüber der englischen Regierung anbelangt, so bin ich der Meinung, daß es hier keinerlei Kompromiß geben kann. Der Kongreß und die jüdische öffentliche Meinung im allgemeinen müssen möglichst schnell die ganze Welt über alle offenen und versteckten Benachteiligungen, denen wir durch die Schuld der englischen Regierung in Palästina ausgesetzt sind, informieren. Der Kongreß und die jüdische Öffentlichkeit müssen sich bemühen, das Gewissen Englands wachzurufen. Es kann aber selbstverständlich keine Rede von einem Abbruch der Beziehungen zur englischen Regierung sein.

Bezüglich der Stellungnahme des Kongresses zur zionistischen Leitung äußerte Herr Ussischkin seine Meinung dahin, daß die Debatte über diesen Punkt nach dem Grundsatz: „Weder Sieger noch Besiegte“ geführt werden sollte. Im gegenwärtigen Augenblick sei mehr als je Einigkeit im zionistischen Lage notwendig. In einer Situation, wie sie eigentlich ungünstiger überhaupt nicht mehr sein kann, liege die einzige Rettung in einer Vereinigung aller zionistischen Gruppen. Im übrigen glaube er, daß Dr. Weizmann ungeachtet seiner wiederholt abgegebenen Erklärungen auf dem Baseler Kongreß im letzten Augenblick seinen Rücktrittsentschluß ändern und das Amt des Präsidenten der Zionistischen Organisation beibehalten werde.

Nach Ussischkins Meinung haben die Juden auch jetzt viele Freunde unter den Mitgliedern der englischen Regierung. Vor allem sei Ministerpräsident MacDonald ein Freund der jüdischen Sache. Doch seien die Freunde der Juden in der englischen Regierung durch die Beamten des Kolonialamtes, die ausgesprochene Antisemiten sind, irregeleitet worden. — Der beste Weg, um eine Besserung dr gegenwärtigen Lage herbeizuführen, erklärte Ussischkin zum Schlusse, sei die Einwanderung einer möglichst großen Zahl von Juden nach Palästina. Die Position des Zionismus werde um so stärker sein, je mehr Juden im Lande leben. Auch unter den jetzigen Verhältnissen könne man in Palästina jedes gewünschte Bodenausmaß erwer-

ben. Es müsse nur dafür Sorge getragen werden, daß die nötigen Mittel dafür vorhanden sind.

Die Haltung der Revisionisten
Erklärungen M. Großmans

London, 16. Juni. (JTA.) Am 16. Juni fand im Büro der Weltunion der Zionisten-Revisionisten eine Pressekonferenz statt, in der der Vizepräsident der Union Meer Großman darauf hinwies, daß die Revisionisten bei den Wahlen zum XVII. Zionistenkongreß bereits 45 Mandate errungen haben und wahrscheinlich durch 50 Delegierte vertreten sein werden. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der revisionistische Standpunkt nicht nur zahlenmäßig, sondern auch geistig gesiegt habe. Das Kongreßprogramm der amerikanischen Zionisten stehe den Grundprinzipien des Revisionismus so nahe, daß eine Kooperation zwischen Revisionismus und amerikanischem Zionismus möglich geworden sei. (Bereits dementiert. Siehe oben. D. Red.) Es gebe auch Momente, die darauf hindeuten, daß sich beträchtliche Teile der zionistischen Bewegung dem revisionistischen Standpunkt nähern. Es sei daher zu erwarten, daß der bevorstehende Kongreß der zionistischen Politik und Methode eine neue Wendung geben werde.

Die Revisionisten seien sich der Verantwortung bewußt, die eine Partei, die über 60 000 Stimmen erhalten hat, zu tragen habe. In voller Kenntnis der politischen und finanziellen Schwierigkeiten, vor denen die Bewegung steht, seien sie bereit, die Führung, sei es in Form einer rein revisionistischen Exekutive, sei es in Kooperation mit Männern, von denen man erwarten kann, daß sie im Geiste des revisionistischen Programms arbeiten werden, zu übernehmen.

Tagung des zionistischen Aktionskomitees am 29. Juni

London, 21. Juni. (JTA.) Das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation wurde für den 29. Juni, einen Tag vor Eröffnung des XVII. Zionistenkongresses, nach Basel einberufen. Die Londoner Büros der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency werden am 24. Juni für die Dauer des Kongresses und der Tagung des Council der Jewish Agency nach Basel verlegt.

Die Verhandlungen der Mandatskommission

Erklärung Shiels über die englische Palästinapolitik — Die Fragen des Legislative Council und des Landentwicklungsplanes

Genf, 15. Juni. (JTA.) Am Montag, den 15. Juni ist die Permanente Mandatskommission des Völkerbundes in die Beratung der mit dem Palästinamandat zusammenhängenden Fragen eingetreten. Der Führer der von der englischen Regierung zur Tagung der Mandatskommission entsandten Vertretung, der Unterstaatssekretär für die Kolonien Dr. Drummond Shiels, legte in längerer Rede den Standpunkt der englischen Regierung zu den die künftige Entwicklung Palästinas betreffenden Fragen dar und kündigte praktische Maßnahmen zur Durchführung des Landentwicklungsplanes an.

Dr. Shiels erklärte, die durch das im Oktober 1930 veröffentlichte Weißbuch der englischen Regierung über die künftige Palästinapolitik hervorgerufene Kontroverse sei durch den Brief des Ministerpräsidenten MacDonald an den Präsidenten der Jewish Agency und der Zionistischen Organisation Dr. Chaim Weizmann erledigt worden. Er berufe sich bei dieser Feststellung auf die von Dr. Weizmann nach Empfang des MacDonald-Briefes veröffentlichte Erklärung, in der der Präsident der Jewish Agency seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben hat, daß durch den Brief des Ministerpräsidenten die Basis für eine Kooperation mit der Mandatarmacht wiederhergestellt worden sei. Der Landentwicklungsplan, den die englische Regierung nunmehr durchzuführen beabsichtige, sei darauf berechnet, sowohl den Juden als auch den Arabern Vorteile zu bringen. Mit der praktischen Durchführung dieses Landentwicklungsplanes werde die Regierung einen Landentwicklungsdirektor betrauen. Im Hinblick darauf, daß von jüdischer Seite die Richtigkeit der Feststellungen des Berichtes Sir John Hope Simpsons bestritten wird, wird der Landentwicklungsdirektor, ungebunden durch die auf vorhandene Schätzungen, Angaben und Ziffern basierenden Annahmen, das gesamte Problem an Ort und Stelle untersuchen, die Korrektheit der vorliegenden statistischen Angaben überprüfen und sie erforderlichenfalls richtigstellen.

Wie der JTA-Vertreter in Genf erfährt, wird die Mandatskommission im Zusammenhang mit der Prüfung des Weißbuches und des MacDonald-Briefes voraussichtlich auch die Frage des Legislative Council für Palästina behandeln.

Zum Berichterstatter über das von Auni Bey Abdul Hadi verfaßte Memorandum der Arabischen Exekutive und den Begleitbrief des Präsidenten der Arabischen Exekutive Muza Kazim Pascha wurde das spanische Mitglied der Mandatskommission Palacio bestimmt.

*

Der Genfer Vertreter der „Jüdischen Rundschau“ berichtet über die Verhandlungen:

Die Verhandlungen der Ständigen Mandatskommission sind geheim und ihr Verlauf wird erst anläßlich der Veröffentlichung der gedruckten Verhandlungsberichte bekannt. Diese Veröffentlichung erfolgt in der Regel frühestens zwei Monate nach Beendigung der Tagung. Auf Verlangen des Vertreters der Mandatarmacht, Dr. Shiels, wurde diesmal (wie auch das vorigemal — A. d. R.) seine Eröffnungsansprache vor der Kommission in extenso der Presse übergeben. Über den Verlauf der dreitätigen Prüfung des Jahresberichtes in Anwesenheit der Vertreter der Mandatarmacht gab die Informationsabteilung des Völkerbundes zwei Pressecommuniqués heraus, worin der Gegenstand einiger von den Mitgliedern der Kommission den Vertretern der Mandatarmacht gestellter Fragen nur ganz oberflächlich angedeutet war.

Es steht jedenfalls fest, daß Dr. Shiels nicht in der Lage war, den Mitgliedern der Kommission einen konkreten Plan der Regierung, betreffend Ausführung des „Land Development Scheme“, vorzulegen und sich damit begnügte, sehr allgemein und unklar gehaltene Erklärungen abzugeben. Daher konnten die Mitglieder der Kommission natürlich nicht zu dem unbekannten Entwicklungsplan Stellung nehmen. Einige von ihnen (darunter der Vorsitzende Graf Theodoli) sprachen in den Couloirs davon, daß ihnen die Lage des Palästinamandates immer „komplizierter“ erscheint ... Dr. Shiels soll hingegen der Kommission ziemlich ausführlich die Eindrücke von seiner Reise nach Palästina dargestellt haben. Er äußerte sich hierbei recht pessimistisch über die Möglichkeiten eines harmonischen Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern und hat sich über den Ton der jüdischen Presse gegenüber den Verwaltungsbeamten beklagt. Im allgemeinen war die diesjährige Debatte bedeutend ruhiger als die vorjährige und die Einstellung der Kommission gegenüber der Mandatarmacht weit versöhnlicher. Die kritischen

Betrachtungen der Kommissionsmitglieder betrafen viel mehr Einzelfragen der Verwaltung, als die Gesamtpolitik der Mandatarmacht. Eine Ausnahme bildete ein längeres Referat des stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission, van Rees, der das Weißbuch von 1930 und den Brief MacDonalds an Dr. Weizmann einem kritischen Vergleich unterzog. Die Frage der Vollmachten des künftigen Legislative Council kam neuerdings zur Sprache, doch trug sie anscheinend nur rein informativen Charakter. Das spanische Mitglied der Kommission, Professor Palacios, dem das Referat über die Petition der Arabischen Exekutive zugeteilt worden ist, hat seit jeher die Frage der Selbstverwaltungsinstitutionen in Palästina in einer dem arabischen Standpunkt entgegenkommenden Weise aufgeworfen. Er wird dies sicher auch in seinem jetzigen Bericht getan haben. Allerdings wird er der Debatte über seinen Bericht nicht mehr beiwohnen können, da er zu den Cortes kandidiert und deshalb schon vorgestern wieder nach Spanien zurückkehren mußte. Berichterstatter für die von der Jewish Agency eingereichten Memoranda ist diesmal das deutsche Mitglied der Kommission, Ministerialdirektor Dr. Ruppel. Die Kommission wird an die Verfassung ihres Berichtes an den Rat wahrscheinlich erst im Laufe der nächsten Woche herantreten.

Vorläufig beschäftigt sie eine — vom allgemeinen Standpunkt — bedeutend wichtigere Frage, d. i. die Aufhebung des Mandates über Irak. Trotz vielseitig zum Ausdruck gebrachter Befürchtungen und Proteste — besonders was das weitere Los der religiösen und nationalen Minderheiten in diesem Lande anbetrifft — scheint die Zulassung Iraks zum Völkerbund im Jahre 1932 eine beschlossene Sache zu sein. Frankreich, das das Vorgehen Großbritanniens im Irak am unangenehmsten empfunden hat, scheint sich nun mit dem Gedanken abgefunden zu haben, daß ihm nichts anderes übrig bleiben wird, als früher oder später sein Mandat über Syrien auf eine ähnliche Weise — d. h. im Austausch gegen einen syro-französischen Bündnisvertrag — aufzugeben. Der Vertreter Frankreichs hat dies ziemlich offen der Mandatskommission erklärt.

Auf diese Weise nähert sich der Augenblick, wo arabische Staaten als — zumindestens formell — gleichberechtigte Mitglieder im Völkerbund erscheinen werden und wo Palästina als Mandatsland des Typus „A" isoliert sein wird. Die Wichtigkeit — für die weitere politische Entwicklung Palästinas — dieser schon in nächster Zukunft als Tatsachen dastehenden Verwandlungen ist allzu augenfällig, als daß es nötig wäre, sie besonders zu unterstreichen.

Schächtverbot in Braunschweig

Berlin, 21. Juni. (JTA.) Der Braunschweiger Landtag hat — wie die JTA. schon mitgeteilt hat — in seiner Plenarsitzung am 18. Juni den Gesetzentwurf auf allgemeinen Betäubungszwang, auch für Federvieh, angenommen. Über den Verlauf der Verhandlungen erfahren wir von der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten, deren Vertreter sich wiederholt zur Bearbeitung der Sache von Berlin nach Braunschweig begeben hatten, folgendes:

Der Rechtsausschuß des Braunschweiger Landtags hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit der Schächtmaterie befaßt und war einmütig zu dem Ergebnis gelangt, dem Plenum die Annahme des auf Grund eines früheren Landtagsbeschlusses von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes auf Betäubungszwang anzuempfehlen. Die Parteien waren dahin belehrt worden, daß in dem elektrischen Betäubungsverfahren eine für das Judentum annehmbare Methode gegeben sei, so daß eine allgemeine Betäubungsvorschrift nicht störend wirken würde. Sie mußten in letzter Stunde darüber aufgeklärt werden, daß mit der elektrischen Betäubungsmethode auf Grund der bisherigen Beobachtungen Verletzungen verbunden sind, die das Tier religionsgesetzlich genußunfähig machen, und somit der Betäubungszwang einem Schächtverbot gleichkomme. Die Zustimmung sämtlicher Abgeordneten hatte auf irriger Voraussetzung beruht. Erst auf Grund des Tatsachenberichtes entschloß sich ein erheblicher Teil der Abgeordneten, dem Gesetzentwurf vorerst die Zustimmung zu versagen, um Gelegenheit zu geben, die Beobachtungen über das elektrische Betäubungsverfahren fortzuführen.

Am Mittwoch, dem 17. Juni, fand die erste Lesung über das Schlachtgesetz statt. Voran ging die Behandlung eines von nationalsozialistischer Seite eingebrachten Antrages, der sich gegen die Notverordnung richtete. Bei der Aussprache über diesen Punkt kam es zu wüsten Szenen und Tumulten, an denen Nationalsozialisten und Kommunisten beteiligt waren. Ein Kommunist wurde ausgewiesen, die Sitzung unterbrochen, das Haus mit Polizei besetzt, und erst nach einstündiger Pause wurde versucht, die Verhandlungen fortzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion protestierte gegen die einseitige Präsidialführung des nationalsozialistischen Abgeordneten Zörner, der Abgeordnete der Linken bei dem kleinsten Zwischenfall aus dem Saal verweise, die wüsten Ausfälle der Rechten jedoch überhöre. In dieser Situation einer bis aufs äußerste angespannten Erregung gelangte in vorgerückter Tagesstunde das Schächtgesetz zur Behandlung. Der Angehörige der Volksnationalen Reichsvereinigung Schrader (Jungdo) brachten den von sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützten Antrag ein, den Gesetzentwurf an den Ausschuß zurückzuverweisen, da die gesamte Materie, insbesondere die Frage der elektrischen Betäubung, als nicht abgeschlossen angesehen werden könne. Auch halte er den für Federvieh vorgeschlagenen Betäubungszwang für praktisch undurchführbar und nicht begründet, da nach Abhacken des Kopfes ohnehin von Bewußtsein keine Rede mehr sein könne. Als der Abgeordnete Dr. v. Frankenberg (Soz.) über den Inhalt des Gesetzes und die dagegen zu machenden Bedenken sich äußerte, rief ihm ein nationalsozialistischer Abgeordneter die Worte zu: „Sie sind einer vom Reichsbanner, diese Mordbuben!" Im gesamten Hause brach ungeheure Erregung aus, und da der Präsident nicht eingriff, erklärte Dr. v. Frankenberg: „Sie dürfen ja das hier sagen, weil der Präsident mich nicht in Schutz nimmt." Hierauf der nationalsozialistische Präsident: „Ich nehme an, daß kein Mitglied des Hauses gemeint war. Es ist aber richtig, daß das Reichsbanner Morde auf dem Gewissen hat." Auf Grund des Verhaltens des Landtagspräsidenten verließ die sozialdemokratische Fraktion unter Protest den Sitzungssaal. Der Präsident ließ aber sofort über den Schraderschen Antrag abstimmen, für den nunmehr nur noch eine Minderheit stimmte.

Bei der am folgenden Tage stattgehabten zweiten Lesung des Gesetzentwurfes erklärte der Sprecher der Sozialdemokraten, daß seine Fraktion durchaus für möglichst humane Schlachtmethoden sei. Die Zulässigkeit des elektrischen Betäubungsverfahrens sei jedoch einerseits religionsgesetzlich noch nicht geklärt, andererseits beständen gerade vom wissenschaftlichen und tierschützlerischen Standpunkt aus gegen die Elektronarkose äußerste Bedenken, da sie wahrscheinlich nur einen Starrkrampf, nicht eine Betäubung bewirke, und somit das zu tötende Tier volles Bewußtsein besitze. Aus diesen Gründen könne

die sozialdemokratische Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen und werde sich der Stimme enthalten. Auch der Abgeordnete Schrader gab die Erklärung ab, einen Gewissenszwang nicht mitmachen zu können und sich deshalb der Stimme zu enthalten. Trotz dieser Erklärungen zog niemand die gegebene Konsequenz, Vertagung bis zur Ermöglichung weiterer Feststellungen zu beantragen. Unter diesen abnormen Verhandlungszuständen hat es schließlich zum Ergebnis, daß der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Nationalsozialisten und eines Teiles der bürgerlichen Einheitsfraktion unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und des Abgeordneten der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Annahme gelangte. Zum ersten Male ist nunmehr auch die Betäubung von Federvieh in einem deutschen Staate vorgeschrieben. Das Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten.

Die Vorgänge in Braunschweig zeigen von neuem, welchen Zufälligkeiten des Parlamentarismus Verhandlungen und Abstimmungen ausgesetzt sind, wenn — wie im vorliegenden Falle — angesichts eines rohen Terrors die Energie zum entschlossenen Eintreten für die als erforderlich festgestellten Abänderungen eines Gesetzentwurfes erlahmt. Daß hiervon auch die Würdigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Achtung vor Gewissenskonflikten betroffen werden, ist nicht nur für das Judentum schmerzvoll und betrübend.

Bemerkungen

Der Hundertachte

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Teutsch, der bisher zur christlich-sozialen Fraktion gehörte, zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten, deren Fraktion nunmehr über 108 Mandate im Reichstag verfügt. Prinzipiell ist es sicher nicht von Belang, ob die Fraktion der Ausgezogenen ein Mandat mehr oder eines weniger innehat; an diesem Übertritt sind jedoch zwei Tatsachen interessant und symptomatisch. Herr Teutsch war Spitzenkandidat der Christlichsozialen im Wahlkreis Baden und Herr Teutsch ist Pfarrer. Baden war früher einmal ein vorwiegend liberal und freiheitlich gesinntes Land, es gab dort auch zu einer Zeit, wo das übrige Deutschland antisemitisch gesinnt war, keine ausgeprägt judenfeindliche Bewegung. Nun: schließlich wäre es ein Wunder, wenn sich in Deutschland eine Insel hätte erhalten können, die von den Stürmen des Judenhasses nicht erreicht worden wäre. Aber daß dieser hundertachte Nationalsozialist ein evangelischer Pfarrer ist, verdient wohl doch etwas mehr Beachtung, wie überhaupt die Stellungnahme der protestantischen Kirche und ihrer Führer. So hat vor kurzer Zeit der Landesbischof von Mecklenburg-Schwerin, D. Dr. Rendtorff eine Erklärung über das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus abgegeben, die ein unmißverständliches, ganz unzweideutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus darstellt. (Und eben deshalb wurde sie vom Evangelischen Bund als geradezu vorbildlich bezeichnet.)

Dieses bemerkenswerte Dokument lautet u. a.: „Viele Glieder der evangelischen Kirche leben heute mit ihrem ganzen Denken und Fühlen in der nationalsozialistischen Bewegung. Die evangelische Kirche ist also durch ihren Beruf, den einzelnen zu suchen und ihm zu dienen, verpflichtet, sie in ihrem Lebenskreis zu suchen, das heißt eben in der nationalsozialistischen Bewegung. So ist die evangelische Kirche verpflichtet, um ihres Berufes willen die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Wollen zu würdigen. Während andere politische Bewegungen sich offen gegen das Christentum oder ihm gleichgültig gegenüberstellen, bekundet sie ihren Willen, sich auf den Boden eines positiven Christentums zu stellen. Die Kirche ist durch ihren Beruf verpflichtet, diese Willenserklärung der nationalsozialistischen Bewegung ernst zu nehmen.... Die nationalsozialistische Bewegung bejaht mit Leidenschaft den sozialen Gedanken, den Brudergedanken. Damit vertritt sie ein Anliegen, das auch ein solches der evangelischen Kirche ist. Es ist für die nationalsozialistische Bewegung eine Lebensfrage, ob sie ihre soziale Forderung bis zu der Tiefe durchführt, wo sie zum Angriff auf die innerste Haltung des Menschen wird. Die evangelische Kirche muß um ihres Berufs willen aus der nationalsozialistischen Bewegung das große Wollen heraushören und dankbar begrüßen, muß aber zugleich über dieses Wollen als ein menschliches, d. h. unvollkommenes und gebrochenes, den heiligen Willen Gottes verkündigen.“

Zwar haben nationalsozialistische Ideologen, besonders Alfred Rosenberg, geradezu gegen das Christentum agitiert, was auch der Herr Bischof wissen könnte, aber das ihm vorzuhalten, kann nicht unsere Aufgabe sein. Es würde auch nichts nützen. Wer gefühlsmäßig mit den Nationalsozialisten übereinstimmt, findet auch seine Gründe dafür und der Herr Bischof ist nicht der erste und nicht der einzige, der im Namen der evangelischen Kirche für den Nationalsozialismus eintritt. Der hundertachte Nationalsozialist kann nun die Gleichsetzung beider auch im Reichstag verkünden.

Der Jude darf nicht spielen

Es gibt viele Juden, die sportlich manches leisten, und manche Juden leisten sogar sehr viel. Einer hat es sich einfallen lassen, der beste Tennisspieler Deutschlands zu werden, der Berliner Jude Daniel Prenn. Das scheint eine große Vermessenheit gewesen zu sein. Denn der Deutsche Tennisbund hat Prenn das Auftreten in deutschen und internationalen Turnieren schon vor einigen Monaten untersagt.

Natürlich nicht, weil Prenn Jude ist, sondern nur, weil er, wie behauptet wird, gegen den Amateurparagraphen verstoßen hat. Eine süddeutsche Sportartikelfirma prozessierte gegen ihn, er mußte wegen Beleidigung formal bestraft werden. Ein Disziplinargericht des Tennisbundes aber hatte ihn, wie das B. T. in einem längeren Artikel über diese Angelegenheit ausführt, im Punkte Amateurfrage glatt freigesprochen und ihm einen Verweis erteilt. Im Laufe der Berufungsmonate hatte aber ein wahres Kesseltreiben eingesetzt, das von einigen Provinzen und einem Teil des Bundesvorstandes ausging. Man wollte Prenn, den Halb-Ausländer, den erfolgreichen „Rassefremden“, sportlich unschädlich machen. Und das Unglaubliche geschah. Ohne den Entscheid der letzten Instanz abzuwarten, wurde Prenn durch einen Ukas des Bundespräsidenten Dr. Weber (Hamburg) plötzlich vom internationalen Tennis ausgeschlossen.

Seit Monaten schon darf also Prenn nicht mehr spielen. Dafür hat er nun ausreichend Zeit, sich über jüdische Probleme den Kopf zu zerbrechen und er entdeckt vielleicht, daß sich auch im Sport die Judenfrage, ob mit oder gegen jüdischen Willen, nicht ausschalten läßt. Es gibt in dieser Sache keine Neutralität mehr und Juden tun gut daran, das nicht zu vergessen.

Anmerkung: Es gibt immer noch Juden, die leidenschaftlich gegen jüdische Turn- und Sportvereine sind.

Aus der jüdischen Welt

Konstituierung des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Berlin

Die Volkspartei im Präsidium nicht vertreten

Berlin, 17. Juni. (JTA.) Der am 14. Juni eingeführte Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat sich in einer am Dienstag, dem 16. Juni, abends, abgehaltenen Sitzung, die sich bis in die frühen Morgenstunden des Mittwoch hinzog, konstitutiert. Es wurden gewählt: Zum Vorsitzenden Direktor Dr. h. c. Wilhelm Kleemann (liberal), zu stellvertretenden Vorsitzenden Kammergerichtsrat Wolff (liberal) und Schoyer (konservativ).

Die Dezernate wurden wie folgt verteilt: Kleemann (lib.): zweites Waisenhaus Pankow, musikalisch-gottesdienstliche Angelegenheiten und Leitung der Synagogenvorstände der Synagogen mit neuem Ritus; Kammergerichtsrat Wolff (lib.): Austrittsangelegenheiten, Disziplinarangelegenheiten und Reichenheimsches Waisenhaus; Moritz Rosenthal (lib.): Personalangelegenheiten, Plätzevermietung, die vier Altersheime und das Hospital; Wilhelm Graetz (lib.): Finanzen und Jugendfürsorgeamt; Fuchs (lib.): Friedhöfe, Bau- und Synagogenbauangelegenheiten; Direktor Stahl (lib.): Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt; Direktor Dr. Alexander (lib.): Schulangelegenheiten und Redaktion des Gemeindeblattes; Direktor Kareski (Volkspartei): Bibliothek, Kunstsammlung und Sportplatz; Rechtsanwalt und Notar Dr. Kollenscher (Volkspartei): allgemeine Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und Leitung der Synagogenvorstände der Synagogen mit altem Ritus; Dr. med. Sandler (Volkspartei): Neue Poliklinik in der Stadt und Gemeindekrankenhaus; Adolf Schoyer (kons.): Kaschruth, Quellenbäder und Steuerverwaltung.

Die bisher von Herrn Dr. Ismar Freund verwalteten beiden Dezernate (Verfassungsdezernat samt jüdischen Staatskirchenrechtsangelegenheiten, sowie Beziehungen zum Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden) sind noch nicht besetzt. Aus der neuen Ämterverteilung ergibt sich die Verlagerung des Schwergewichts nach der liberalen Seite.

Wie verlautet, erklärten sich die Liberalen bereit, Dr. Kollenscher zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter zu wählen. Da aber die Volkspartei ihrerseits nur Kareski für dieses Amt präsentieren wollte und die Liberalen Kareski nicht wählen wollten, blieb die Volkspartei ohne Vertretung im Vorstandspräsidium.

Grundsteinlegung zur ersten jüdischen Siedlung: Groß-Gaglow

Teilnahme aller großen jüdischen. Organisationen

Berlin, 22. Juni. (JTA.) Am Sonntag, dem 21. Juni, fand auf dem von der jüdischen Landarbeits-G.m.b.H. im vorigen Jahre mit Hilfe eines Darlehens der Jüdischen Gemeinde Berlin erworbenen Gut Groß-Gaglow bei Cottbus die feierliche Grundsteinlegung zum ersten Siedlerhaus der jüdischen gärtnerischen und landwirtschaftlichen Kolonie statt, deren Errichtung auf dem Gelände des Gutes geplant ist. Die Besiedlung von Groß-Gaglow stellt die erste Etappe in der Durchführung des vom Reichsverband für jüdische Siedlung in Deutschland propagierten Programms der Seßhaftmachung deutscher Juden auf deutschem Boden mit staatlicher Siedlungshilfe und damit einen Versuch dar, dem von führenden Kreisen der deutschen Judenheit aller Richtungen besondere Bedeutung im Hinblick auf die künftige Gestaltung des Schicksals des deutschen Judentums beigemessen wird. Dies kam auch in der starken Beteiligung an dem feierlichen Akte und den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden zum Ausdruck. Neben Vertretern der Kreisbehörde, der Stadt Cottbus und der Gemeinde Groß-Gaglow hatten sich gegen 200 Delegierte der jüdischen Verbände Deutschlands, Vertreter gärtnerischer Berufsorganisationen und Gäste eingefunden.

Hebraistenkonferenz in Berlin

Berlin, 22. Juni. (JTA.) Am Sonntag, dem 21. Juni, wurde im hebräischen Klub Beth-Am zu Berlin eine Vorkonferenz der Hebraisten eröffnet, an der hervorragende hebräische Gelehrte, Schriftsteller und Pädagogen aus Deutschland, Polen, Palästina, England, Amerika, Litauen, Lettland, Estland und aus anderen Ländern teilnehmen. Die Vorkonferenz hat den Zweck, einen Weltkongreß der Hebraisten vorzubereiten.

Nationalsozialisten stürmen ein jüdisches Schanklokal

Berlin, 22. Juni. (JTA.) In der Sonntagnacht gegen 2.45 Uhr wurde von etwa sechs bis acht jugendlichen Nationalsozialisten, die eine weiße Fahne mit Hakenkreuz bei sich hatten, die Schanktür einer jüdischen Schankwirtschaft in der Jagowstraße eingeschlagen. Es konnten späterhin sechs Beteiligte festgenommen werden, die der Abteilung IA zugeführt wurden.

Hakenkreuzlerdemonstrationen in Wien im Zusammenhang mit der Kreditanstalt-Krise

Wien, 21. Juni. (JTA.) Die Wiener Hakenkreuzler hatten für Sonnabend, den 20. Juni, eine große judenfeindliche Kundgebung im Zusammenhang mit der Krise der Kreditanstalt geplant. Obwohl diese Kundgebung polizeilich verboten worden war, sammelten sich in den Straßen einzelne Nazitrupps, die in Kaffeehäuser eindrangen und jüdisch aussehende Besucher attakierten. Zehn Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Schlägereien in der Wiener Universität

Sämtliche Hochschulen geschlossen

Der Verfassungsausschuß hat heute entschieden, daß die von Rektor Gleispach im vorigen Jahre unter der Regierung Schober erlassene Studenten-Ordnung der Universtät als verfassungswidrig aufgehoben wird.

Als auf der Universität diese Entscheidung bekannt wurde, setzten sofort stürmische Demonstrationen, insbesondere der nationalsozialistischen Studenten ein. Bald kam es zu heftigen Zusammenstößen, wobei mit Stöcken und Einrichtungsgegenständen gearbeitet wurde. Das historische Seminar wurde demoliert, weil sich darin eine Anzahl jüdischer Studenten versteckt hatte. Nur der Intervention der herbeigeholten Mitglieder des Rektorates gelang es, blutige Vorfälle zu verhindern. Die Polizei vermochte langsam die Studenten der übrigen Hochschulen von der Universität abzudrängen, so daß sich die weiteren Schlägereien nur unter den Universitätshörern abspielten.

Infolge dieser Ergebnisse wurde nicht nur die Universität, sondern auch die Technische Hochschule, sowie die Hochschulen für Bodenkultur und Welthandel bis auf weiteres geschlossen.

Die antijüdischen Exzesse in Radom wiederholen sich

Warschau, 17. Juni. (JTA.) Am Montag, dem 15. Juni, 9 Uhr abends, haben sich in Radom — wie die Zeitungen von dort melden — die antisemitischen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung wiederholt. Einige jüdische Einwohner wurden schwer mißhandelt und verletzt. In der Eisengießerei von Rubinstein wurden mehr als hundert Scheiben

eingeschlagen. Die Fensterscheiben im Hause der Zionistischen Organisation und des jüdischen Gymnasiums wurden zum zweitenmal eingeworfen. Die Polizei war rechtzeitig zur Stelle, verhaftete einige Exzedenten und stellte die Ruhe wieder her.

Das Kuratorium des Lodzer Schuldistriktes hat im Zusammenhang mit den antisemitischen Ausschreitungen in Radom, an denen sich in erster Reihe die Schuljugend beteiligt hat, eine Untersuchung eingeleitet. Die Direktoren der Radomer Schulen wurden aufgefordert, zu berichten, was sie gegen die schuldigen Schüler veranlaßt haben.

Vermehrung der jüdischen Mandate in der rumänischen Kammer

Bukarest, 21. Juni. (JTA.) Nachdem die rumänische Kammer fünf kommunistische Mandate nicht bestätigt hat, wurden diese Mandate auf die anderen Listen aufgeteilt. Eines dieser Mandate fiel der Liste der Jüdischen Reichspartei zu; darauf hat Dr. Manfred Reifer (Czernowitz) Anspruch. Er tritt somit in das Parlament ein und wird die Zahl der Mitglieder des Jüdischen Parlamentklubs auf fünf erhöht.

Wie es heißt, wird auch Generaldirektor Frederic Michelsohn, ein Jude, der auf der Regierungsliste kandidiert hat, an Stelle eines nicht bestätigten Kommunisten in das Parlament einziehen.

Schändung eines jüdischen Friedhofs in Elsaß

Paris, 21. Juni. (JTA.) Unbekannte Täter haben auf dem historischen Judenfriedhof zu Rosenwiller im Elsaß zwanzig Grabsteine umgeworfen und zum Teil zertrümmert. Darunter befindet sich auch der Grabstein des berühmten Rabbiners Jochanan Levy aus Obernai und seiner Frau. Es ist dies der erste Fall einer Schändung eines jüdischen Friedhofs in Frankreich.

Allen Lehrern an den palästinensischen Schulen der Jewish Agency gekündigt. — Die Frage der Übertragung des Schulwerks an den Jischuw

Jerusalem, 18. Juni. (JTA.) Wie der Direktor des Unterrichtsdepartements der Jewish Agency, Dr. Berkson, der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitteilt, haben sämtliche an den Schulen der Jewish Agency angestellten Lehrer die Verständigung erhalten, daß ihr Dienstverhältnis am 30. September d. J. zu Ende geht. Gleichzeitig wurde den Lehrern die Versicherung gegeben, daß die gegenwärtige Exekutive ihren Nachfolgern empfehlen werde, bei Neuengagements den jetzt in den Schulen beschäftigten Lehrern den Vorzug zu geben, so daß erwartet werden kann, daß der größte Teil von diesen wieder angestellt wird. Die Kündigung wurde ungefähr 450 ständigen Lehrern zugestellt. Sie dürfte die Entlassung von 50 ständigen und 50 zeitweiligen Lehrern zur Folge haben, falls der gegenwärtige Beitrag der Exekutive für Unterrichtszwecke von 77 000 Pfund auf 50 000 Pfund ermäßigt werden wird. Für die Aufrechterhaltung des hebräischen Schulwerks in seinem gegenwärtigen Umfang wären zumindest 65 000 Pfund erforderlich.

Die palästinensische Pächterschutzverordnung im Widerspruch zum anglo-amerikanischen Palästinavertrag?

Jerusalem, 17. Juni. (JTA.) Richter Bernard A. Rosenblatt aus Neuyork, der seinerzeit Mitglied des Wirtschafts- und Finanzkomitees der Zionistischen Weltorganisation war, hat in einem aus Haifa an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichteten Brief, von dem eine Kopie auch dem High Commissioner Sir John Chancellor eingesandt wurde, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der vor kurzem erlassenen Verordnung zur Verhinderung der Entsetzung von Pächtern von ihrem Grund und Boden aufgeworfen.

In seinem Schreiben erklärte Richter Rosenblatt, die Verfügung der Palästina-Regierung vom 29. Mai 1930/31 scheine ihm eine offenkundige Verletzung nicht nur der gemeinsamen angelsächsischen Traditionen der Rechtspflege, sondern auch der Bestimmungen des am 3. Dezember 1925 zwischen England und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages bezüglich Palästinas darzustellen. Richter Rosenblatt ersucht, sein Schreiben dem amerikanischen Staatsdepartement zu übermitteln.

Zusammenstoß zwischen Polizei und jüdischen Arbeitern in Afuleh

Jerusalem, 19. Juni. (JTA.) Am 17. Juni kam es in der jüdischen Kolonie Afuleh zu einem Zusammenstoß zwischen jüdischen Arbeitern und der Polizei. Die jüdischen Arbeiter hatten dagegen demonstriert, daß bei einem im Auftrag des Regierungsdepartements für öffentliche Arbeiten von einem arabischen Bauunternehmer durchgeführten Straßenbau durch Afuleh ausschließlich Araber aus der Gegend von Jerusalem beschäftigt werden. Als die jüdischen Arbeiter der Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht nachkamen, ging die Polizei mit dem Gummiknüppel vor und verhaftete zwölf Demonstranten. Bei dem Zusammenstoß wurden zehn Arbeiter verletzt, darunter zwei schwer. Drei Verletzte wurden ins Hospital eingeliefert. Der Polizeioberkommissar von Nazareth hat die Freilassung der verhafteten Arbeiter gegen Kaution verweigert. Gegen die Verhafteten wird eine Anklage wegen Auflaufs und Widerstand gegen die Polizei erhoben werden.

Kampf zwischen Kolonisten und arabischen Hirten in Jessoth Hamaalah

Jerusalem, 19. Juni. (JTA.) In der Kolonie Jessoth Hamaalah kam es zu einem Zusammenstoß zwischen jüdischen Kolonisten und Arabern, die ihr Vieh auf den Feldern der Juden weiden ließen. Es kam zu einem Kampf, in dem mehrere Personen auf beiden Seiten leicht verletzt wurden. Die Polizei verhaftete vier Araber und einen Juden.

Überfall auf einen Kolonisten in Chederah

Jerusalem, 19. Juni. (JTA.) Am Donnerstag, den 18. Juni, abends, wurde in der jüdischen Kolonie Chederah der Kolonist Jefeth Ben Nathan auf dem Heimwege von einem Araber angeschossen. Ben Nathan wurde ins Hospital überführt. Der Täter ist entkommen.

Baubeginn der jüdischen Kadoorie-Ackerbauschule

Jerusalem, 19. Juni. (JTA.) In Mescha wurde mit dem Bau der jüdischen Ackerbauschule aus den Mitteln der Kadoorie-Fonds begonnen. Bei dem Bau, der unter der Oberleitung des Regierungsdepartements für öffentliche Arbeiten durchgeführt wird, werden vorläufig 70 arabische und 6 jüdische Arbeiter beschäftigt.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Jüdisches Jugendheim. Der nächste Jugendheim-Abend findet nicht Montag, sondern erst Mittwoch, den 1. Juli, abends 8.30 Uhr, im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt. Thema: Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung? Leiter: Herr Doktor Hermann Baer. Wir laden alle Interessenten ein und bitten, die Münchener Neuesten Nachrichten vom 1. Juli mitzubringen.

Der Arbeitsausschuß des Jüdischen Jugendheims.

Jüdisches Kammerorchester, München. Das Konzert des Jüdischen Kammerorchesters am 15. Juni im Hof des Jüdischen Jugendheims, München,

zeigte, daß das bei den meisten Abendmusiken durch die Romantik etwas in den Hintergrund gedrängte heitere Element sich besonders gut für derartige Gelegenheiten eignet. Eingeleitet durch eine Serenade für zwei kleine Orchester und Pauken von W. A. Mozart, setzte sich das Programm in drei Wiener Tänzen Beethovenscher Herkunft und sechs ländlerischen Tänzen fort, hinter deren urwüchsiger Derbheit man alles eher denn Mozart gesucht hätte. Daß uns auch jedoch diese Art Musik vertraut ist, erwies sich durch die Ausführung, die ganz das war, was sie sein sollte: G'schert. Die Krönung des Ganzen bildete die Bauernkantate von J. S. Bach, wohl das fröhlichste Werk des Thomaskantors, dem insbesondere Frau Ziegler zum verdienten Erfolg verhalf, was um so bemerkenswerter ist, als sie fast wörtlich in letzter Minute einspringen mußte. Ihr heller Sopran und der überaus weiche Baß von Herrn Max Löwenstein fanden eine diskrete Untermalung durch das Orchester, das für den wohlgelungenen Abend volle Anerkennung verdient. Gedankt sei ferner vor allem Herrn Lamm, der trotz vieler technischer Schwierigkeiten seine Musiker sicher über alle organisations- und musiktechnischen Klippen hinwegbrachte. Fritz Harburger, stud. med.

Jüdischer Jugendverein München

Am Donnerstag, dem 18. Juni, sprach Herr Hugo D r o l l e r im Jüdischen Jugendverein über „Reiseeindrücke in Palästina". Wenn heute ein junger Mensch seine Reiseeindrücke über Palästina erzählt, so kann er wohl nicht viel Neues sagen, er muß daher versuchen, das Bild, das er persönlich vom Lande gewonnen hat, so subjektiv, wie es immer sein mag, zu übermitteln. Dies ist Herrn Droller sehr gut gelungen. Er zeigte zuerst die das ganze dortige Leben bestimmende Tatsache der lebendigen hebräischen Sprache. Dann erzählte er vom Lande selbst. Vor unseren Augen erstand die Schönheit Haifas mit dem modernen jüdischen Stadtteil oben auf dem Hadar Hakarmel. Jaffa hat noch heute durch seine Geschäfte ein stark jüdisches Gepräge, doch wohnen deren Besitzer meistens in der größten jüdischen Siedlung des Landes Tel-Awiw, das am meisten durch seine Sauberkeit und die Menge wohlgepflegter, hübscher Kinder auffällt. Es ist der Mittelpunkt des neuen Jischuv. Die interessanteste und zugleich die schwierigste Stadt ist immer noch Jerusalem, das dem Redner durch die Spannung zwischen Juden und Arabern auffiel. Die älteren Kolonien sind fast alle zu Kleinstädten geworden, die jungen Menschen begreiflicherweise weniger gefallen, zumal da sie viele arabische Arbeiter beschäftigen. Einen sehr starken Eindruck machten dagegen Herrn Droller die Kwuzoth des Emek, von denen er die deutsche Kwuzah Brenner genauer beschrieb. Sehr begeistert äußerte er sich über die fortschrittliche und gebildete Arbeiterschaft und schloß nach einem kurzen politischen Überblick mit den Worten Hordons: „Die Erlösung des Volkes geschieht durch die Erlösung des einzelnen, die des einzelnen durch Arbeit".

Herr Droller fand für seinen ausgezeichneten Vortrag herzlichen Beifall der zahlreichen Zuhörerschaft. P. S.

Jüdischer Klub „Kedem". Sonntag, den 28. Juni, Tagestour: Kirchseon—Steinsee. Treffpunkt: Ostbahnhof, eine Viertel Stunde vor Zugabgang (7.40). Sonntagskarte RM. 1.30. Badezeug, Spielbälle mitbringen. Gäste herzlich willkommen. Bei schlechtem Wetter Teeabend im Lessingsaal, um halb 9 Uhr.

Wochenprogramm der V. J. St. Jordania

Samstag, den 27. Juni, 14 Uhr ct., Treffpunkt Hofgartentor.

Sonntag, den 28. Juni und Montag, den 29. Juni, Ausflug.

Dienstag, den 30. Juni, Gemütliches Zusammensein mit der Studentinnengruppe.

Donnerstag, den 2. Juli, 20.30 Uhr s. t., Burschenkurs off.

Samstag, den 4. Juli, 14 Uhr ct., Treffpunkt Hofgartentor. Anschließend Fuchsenkurs off.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Der Verein Bikur Choulim gratuliert seinem Vorstandsmitglied, Herrn Max Fleischer, zum 60. Geburtstage, (unlieb verspätet) RM. 2.—.

I. Rosenwasser und Frau gratulieren herzlichst M. Diamand und Frau zur Vermählung ihrer Tochter. RM. 2.—.

Verein Bes Jakob gratuliert seinem langjährigen Mitglied, Herrn Koroncic und Frau zur Barmizwah seines Enkels. Unliebsam verspätet. RM. 2.—.

Familie Gidalewitsch gratuliert M. Diamand und Frau zur Vermählung ihrer Tochter, Max Fleischer zum 60. Geburtstag, H. Koroncic zur Barmizwah seines Enkels und Familie Schapira zur Verlobung ihrer Tochter. RM. 2.—.

M. Schumer und Frau gratulieren M. Diamand und Frau zur Vermählung ihrer Tochter, Max Fleischer zum 60. Geburtstag, H. Koroncic zur Barmizwah seines Enkels. RM. 1.—.

Zionistische Ortsgruppe, Nürnberg-Fürth

Die letzte Veranstaltung unserer Ortsgruppe vor der Sommerpause war in erster Linie der Vorführung eines Films gewidmet, den Herr Dr. Kurt D a n k w e r t h gelegentlich der von ihm und seiner Frau im Frühjahr d. J. unternommenen Palästinareise selbst gedreht hat. Die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste verfolgten mit größter Anteilnahme die ganz ausgezeichnet gelungenen Aufnahmen, die in ihrer Lebendigkeit und Ursprünglichkeit sehr vorteilhaft von den bisher gezeigten „offiziellen" Palästinafilmen abstachen. Es wäre sehr zu wünschen, daß der schöne, mit großen Opfern aufgenommene Film weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden könnte.

Ungewöhnlich starker Beifall dankte Herrn Dr. Dankwerth für die Mühe, der er sich durch die Herstellung des Films unterzogen hatte.

Ein glücklicher Zufall fügte es, daß die Vorführung des Films von einer musikalischen Darbietung umrahmt werden konnte, über die nachstehend von berufener Seite berichtet wird:

Vortrag hebräischer und jiddischer Gesänge. Im großen Maxfeldsaal zeigte Herr Dr. A m i r a aus Tel-Awiw, früher Zahnarzt, aber wegen Schwächung der Sehkraft von diesem Beruf abgedrängt, was man als self made man, ohne eine eigentliche Singstimme, aber mit musikalischer und kompositorischer Begabung leisten kann, wenn man in den Geist der Sache eingedrungen ist und die widerspenstigen Elemente seinem starken Willen und einer hochentwickelten Intelligenz unter Hinzufügung einer kräftigen Dosis Mutterwitz unterwerfen kann. Die besonders, durch eine ehrwürdig-patriarchalische Erscheinung unterstützte Fähigkeit, sich rasch mit den Zuhörern in Rapport zu setzen, ließ die von der Natur versagte schöne Sinnlichkeit der stimmlichen Gaben nach anfänglicher Reserviertheit so sehr vergessen, daß man, zumal im zweiten Teile, den prachtvollen Humor auf sich wirken ließ, ohne noch viel an die erwarteten stimmlichen Reize zu denken. Nicht nur

im Vortrag, auch im Tonsatz der von ihm verfaßten Gesänge, besonders in der musikalischen Untermalung durch Klavier und Geige trat die Einfühlfähigkeit des Sängers, der durch Frau Benjamin und Herrn Dr. Levi in ausdrucksstarker und dabei anschmiegsamer Weise unterstützt wurde, klar zu Tage. H. G.

München. In der Sitzung der gemeindlichen Körperschaften vom Donnerstag, 25. Juni, wurden eine Erhöhung des Umlagensatzes um 1 Prozent für das laufende Jahr, ferner die Kürzung der Gehälter nach Maßgabe der Notverordnung (mit kleinen Ausnahmen) einstimmig beschlossen. Näherer Bericht folgt.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 33
vom 23. Juni 1931

Spendenbuch: N. N. anläßlich der Geburt ihres Kindes 10.—. Arthur und Edith de Beer danken herzlichst für die anläßlich der Geburt ihrer Tochter erwies. Aufmerksamkeiten 8.— = 18.—.

Goldenes Buch Selig Jehuda Mysliborski-Misch und Lea Mysliborski-Misch: Adolf Mysliborski-Misch gratuliert Familie Diamand zur Vermählung ihrer Tochter, Herrn Fleischer zum 60. Geburtstag und Familie B. Goldberg zur Geburt des Enkels 5.—.

Goldenes Buch Z. O. G. München: Familie Julius Eisen gratuliert Familie M. Diamand zur Vermählung ihrer Tochter 2.—; Familie E. Botie desgleichen 1.—; Familie M. Schaller desgleichen 2.—; Schloime und Tina Monheit desgleichen 1.—; Herr und Frau Jakob Kluger desgleichen und Familie B. Goldberg zur Geburt des Enkels 1.—; Jakob Reich gratuliert Familie B. Goldberg zur Geburt ihres Enkels 1.— = 8.—.

Büchsen: Geleert durch Frl. Josephine Rauch: N. N. 1.40; E. Brader 0.50; Benno Neuburger 0.50; Frau Katzenstein 2.50; E. Droller 5.20; Frau Stiefelzieher 2.—; Gust. Sachs 1.40; P. Koronczik 0.50; Joseph Ziegler 1.—; O. Boehm 2.—; Dora Fraenkel 3.85; Dr. M. Kupfer 1.—; Rest. Weiß 2.28; Frau Falkenstein 0.60; M. Schumer 0.85; Edith de Beer 1.50; Frau R. Kohn 0.77; M. Eisen 2.90; B. Löwenstein 2.—; Rest. Schwarz —.70; T. Sufrin 0.60; Lindauer 1.14 = 35.19.

A. Strumpf 1.70; B. Sachsenhaus 1.40; S. Sachsenhaus 1.—; H. Tabak 1.—; N. Amper 0.60; B. Schapira 1.25; J. Landmann 0.95; N. Tuchmann 1.—; O. Wainschel 1.—; Ch. Mendler 0.60; Frau E. Schindel 1.05; Norbert Sturm 1.60; B. Holzapfel 2.—; M. Blechner 0.30; Robert Minikes 5.20; Jos. Wien 4.50; J. Stobetzky 0.30; Frau Frydmann 2.20; J. Iram 1.—; Leo Greif 1.05; J. Goldmann 1.—; J. Berkowitz 1.—; Max Feder 2.60 = 34.30.

Geleert durch Hans Weiß, Mauerkircherstraße: Theodor Feuchtwanger 8.—; Hermann Knoblauch 3.—; Dr. J. Siegel 1.03; Dr. Raph. Straus 1.40; Heinz Schild 1.50; Karl Wiesel 3.—; Otto Kestler 3.—; Joseph Hirsch 2.49, Leo Stern 1.—; Albert Bach 1.—; Frau Kleinmann 2.58; Adolf Pilpel 1.38; Jakob Feuchtwanger 1.82; N. N. 0.87; N. N. 0.20; N. N. 0.20; Hans Weiß 0.38; Emanuel Karfiol 2.15 = 35.—.

Material: 1 stat. Bilderbuch 1.50; 2 N.-F.-Telegramme 2.— = 3.50. Zusammen RM. 138.99.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930 RM. 5008.34.

Benützt bei allen Gelegenheiten die beliebten N.F.-Telegramme. Erhältlich zum Preise von RM. 1.— im Büro der ZOG, Herzog-Rudolf-Straße 1, Telephon 2 97 4 49.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 19. Juni 1931

Spendenbuch: Herr und Frau Dr. Löwenthal anläßlich ihrer Vermählung 30.—; Frau Clara Iglauer anläßlich ihres 83. Geburtstags 5.—; Frl. Nellie Wolf anläßlich ihrer Genesung 5.—; durch Fritz Birnbaum (Fürth): Sanitätsrat Dr. Frank (Fürth) anläßlich seines 60. Geburtstags 5.—.

Wertzeichen: Frau Käthe Liebstaedter, Schalom Schapira, Leop. Birnbaum (Fürth), Dr. Fleischer (Fürth), Sara Joel (Fürth) je 2 Telegramme 5.—; Dora Steinhardt für Palästina-Verschlußmarken 0.40.

Bäume für Martha Kohn-Königshöfer-Garten: Frau Recha Würzburger (Mannheim), Dr. Jonas Königshöfer (Leipzig) je 1 Baum 12.—.

Imi-Taschen: Dr. Kurt Dankwerth 3.50; Isak Fisch 3.50; Bernh. Freimann 4.26 = 11.26.

Büchsen aus Fürth: 2. Rate, durch Hermann Lischner und Siegfried Gutmann: Dreichlinger 8.25; Jos.Rawicz 5.50; Taubmann, Pfrid-Schapira je 5.—; Goldmann (Blumenstraße) 4.50; Weiß 2.86; Lehrer Oppenheimer 2.—; Lehrer Gutmann 1.66; Schönberg 1.60; Schneebalg 1.15; Cohen 0.96; Sandor Perlmutter 0.78 = 39.26.

Büchsen aus Nürnberg: Hch. Ullmann, Geiershöfer, Emil Rosenfelder je 5.—; Dr. Kronacher 4.07; Ing. Hillmann 4.—; Moritz Hirschhorn 3.70; Martin Klein 3.45; Dr. J. Weinschenk 2.50; Max Walther 2.22; Dr. Kurt Dankwerth (Wohnung) 2.94; Fritz Goldschmidt 2.45; Oppenheimer 2.13; Schwarzmann, Dr. Max Lorch, Julius Kahn je 2.—; 12 Büchsen unter 2.— = 11.57; Bernh. Freimann 2.— = 62.03. Zusammen RM. 174.95.

Seit 1. Oktober 1930 aufgebracht RM. 4827.73.

WALTER MEYERSTEIN
JENNY MEYERSTEIN
geb. Diamand
Vermählte

Trauung: Sonntag, 28. Juni, 1/21 Uhr, in der Hauptsynagoge
München
Elisabethstraße 5

Statt Karten
MORITZ STERN
GERTRUD STERN
geb. Grubner
Vermählte
Trauung, s. G. w., Sonntag, 28. Juni, nachm. 6 Uhr, in Berlin
statt. Tel.-Adr.: Grubner Berlin, Logenhaus Kleiststr. בהצ

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.